



19 | Für ein Europa der Vaterländer

Europapolitik

Die Thüringer Landespolitik ist vielfach bestimmt durch Regelungen der Europäischen Union. Zugleich sind der Thüringer Landtag und die Landesregierung in Gesetzgebungsprozesse der EU eingebunden. Diesbezüglich gilt es, die Interessen Thüringens im Zusammenhang der EU-Politik zu wahren. Zudem soll im gegenwärtigen Diskussionsprozess um die Zukunft der EU zum Wohle des Freistaates Position bezogen werden.

Kleine und mittlere Unternehmen

Die AfD setzt sich dafür ein, dass Thüringen, insbesondere unsere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), auch künftig von den Förderprogrammen der EU (insbesondere ESF+, EFRE und ELER) profitieren. Das gilt umso mehr, da Deutschland der mit Abstand größte Nettozahler der EU ist. Das heißt, Deutschland – und damit auch der Thüringer Steuerzahler – zahlt sehr viel mehr Geld an die EU, als es aus den Förderprogrammen erhält.

Wir wollen, dass Thüringen, vor allem unsere kleinen und mittleren Unternehmen, auch künftig angemessen an den Förderprogrammen der EU beteiligt werden.

EU-Förderpolitik

Die Förderung im Rahmen von EU-Programmen ist vor allem für die Begünstigten oft mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden. Die AfD fordert den konsequenten Abbau der Verwaltungsbelastung bei den Förderprogrammen.

Zugleich setzt sich die AfD für eine grundlegende Reform der EU-Förderpolitik ein. EU-Subventionsprogramme, die der Durchsetzung bestimmter ideologischer Vorstellungen dienen (wie namentlich das neue EU-Programm „Rechte und Werte“), lehnen wir ab. Programme der EU müssen auf die Förderung des Binnenmarktes sowie auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Strukturen und Bedingungen abzielen. Sie dürfen nicht die Alimentierung und die Durchsetzung politischer Gesinnungen bezwecken.

Programme der EU müssen auf die Förderung des Binnenmarktes sowie auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Strukturen und Bedingungen abzielen. EU-Subventionsprogramme, die der Durchsetzung bestimmter ideologischer Vorstellungen dienen, lehnen wir ab.

Die Reform der EU-Förderpolitik ist für uns ein Aspekt einer umfassenden Reform der Europäischen Union, die wir für dringend geboten halten. Diese Reform könnte durch den aktuellen Diskussionsprozess um die Zukunft der EU in Gang gebracht werden.

Die Zukunft der Europäischen Union

In der Debatte, die durch die Euro- und die Migrationskrise sowie den Austritt Großbritanniens aus der EU („Brexit“) angestoßen wurde, hat sich auch die Europäische Kommission positioniert. In ihrem „Weißbuch zur Zukunft der EU“ von 2017 skizziert sie fünf Entwicklungsszenarien der EU. Eines dieser Szenarien wird betitelt mit „Viel mehr gemeinsames Handeln“, verfolgt also eine Ausweitung der EU auf Kosten der Nationalstaaten. Ein anderes Szenario, mit dem Titel „Konzentration auf

den Binnenmarkt“, würde dagegen einen Rückbau der EU und den Verzicht auf eine politische Union bedeuten.

Tatsächlich wird von der Kommission allerdings keine ergebnisoffene Diskussion geführt. Brüssel propagiert einseitig das Modell „Viel mehr gemeinsames Handeln“ als das im Grunde alternativlose Szenario, dessen Verwirklichung die EU in die Zukunft retten könne. Dem entspricht, dass die EU-Kommission ungeachtet der mit dem „Weißbuch“ angestoßenen Zukunftsdebatte fleißig weiter Fakten schafft, die eine massive Ausweitung der Europäischen Union bedeuten – teilweise unter klarer Missachtung der EU-Verträge. Dies gilt etwa für die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds (EWF), die der (Finanz-)Souveränität Deutschlands ebenso widerspricht wie die schleichende Etablierung einer „Transferunion“, bei der Deutschland für die Schulden anderer Länder aufkommen muss. Hierunter fällt auch die Errichtung einer sogenannten europäischen Sozialunion, mit der letztlich auf eine gigantische EU-Umverteilungspolitik hingewirkt werden soll, weshalb diese Sozialunion vor allem von den linken Parteien bejubelt wird.

**Die „Sozialunion“
lehnen wir ab. Hier
handelt es sich
letztlich um ein
Umverteilungsprojekt,
das den deutschen
Steuerzahler wieder
viel Geld kosten soll.**

Während sich die Altparteien ausdrücklich für das Szenario „Viel mehr gemeinsames Handeln“ aussprechen, befürwortet die Thüringer AfD eine massive Verschlan-
kung und den entschiedenen Rückbau der EU hin zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner europäischer Nationalstaaten, die in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenleben und kooperieren.

Grundsätzlich viel weniger EU

Wir wollen sehr viel weniger EU. Das bedeutet für uns vor allem die Konzentration der europäischen Integration auf den gemeinsamen Binnenmarkt. Während wir eine enge Kooperation der EU-Staaten zur konsequenten Sicherung der europäischen Außengrenzen befürworten, lehnen wir beispielsweise das Gemeinsame

Europäische Asylsystem (GEAS) ab, weil es der souveränen Selbstbestimmung der Staaten in einem zentralen Bereich (nämlich in der Zusammensetzung ihrer eigenen Bevölkerung) widerspricht.

„Viel weniger EU“ bedeutet, dass für uns ein zentralistischer und demokratisch zweifelhaft legitimierter europäischer Zentralstaat kein sinnvolles Ziel deutscher Politik sein kann. Das Prinzip der Subsidiarität ist für uns das maßgebende Gestaltungsprinzip einer europäischen Integration. Es steht dafür, dass eine übergeordnete Vereinheitlichung und Steuerung auf EU-Ebene nur dort legitim ist, wo die vorausliegenden Ebenen (Mitgliedstaaten, Bundesländer, Kommunen) die Aufgaben nicht zu erfüllen vermögen.

„Viel weniger EU“ bedeutet ebenfalls, dass wir das Ausgreifen der unzureichend demokratisch legitimierten EU in immer mehr innerstaatliche Angelegenheiten, eine politische Union der EU-Staaten und damit einen EU-Superstaat ablehnen. Wir streben ein Europa der Vaterländer an. Das ist ein Europa, in dem die demokratischen Staaten ihre gemeinsamen Interessen und Aufgaben in souveräner Selbstbestimmung definieren und auf der Basis völkerrechtlicher Verträge verfolgen. Ein solches Europa bleibt ein Europa der Vielfalt, der Demokratie und der Freiheit, während die EU für immer mehr Bevormundung, Uniformität, Bürokratie, Gängelung und Überregulierung durch bürgerferne Eurokraten steht.

Wir stehen gegen die Vereinnahmung Europas durch die EU: Europa ist sehr viel mehr als die Europäische Union. Sollte eine Reform im Sinne des Mottos „Viel weniger EU“ mittelfristig nicht durchführbar sein, muss den Deutschen die Möglichkeit gegeben werden, auf dem Wege einer Volksabstimmung über den Verbleib in der EU zu entscheiden.

Das Prinzip der Subsidiarität ist für uns das maßgebende Gestaltungsprinzip einer europäischen Integration.

Wir lehnen das Eingreifen der unzureichend demokratisch legitimierten EU in immer mehr innerstaatliche Angelegenheiten und einen EU-Superstaat ab.